

Nachhaltigkeitsstrategie Zahnloser Papiertiger

Die Diskussion um die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie hat ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Deutlich wird das an der Vielzahl der aktuellen Stellungnahmen zum Strategieentwurf. Mit kritischen Positionspapieren zeigen Wissenschaft und Verbände, dass sie den Entwurf der Bundesregierung für zu wenig ambitioniert halten.

Hätten wir es uns nicht alle denken können? Die Politik der rot-grünen Bundesregierung ist rundum und durchweg am Ziel einer nachhaltigen Entwicklung orientiert. Nicht viel weniger behauptet jedenfalls die am 19. Dezember 2001 im Entwurf vorgelegte nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Herzstück der Strategie sind bekannte rot-grüne Reformvorhaben: die Agrar- und Energiewende sowie – zumindest angeblich – die rot-grüne Verkehrspolitik. Dass Umweltverbände, unabhängige Forschungsinstitute und Netzwerke sowie die wissenschaftlichen Beiräte der Bundesregierung und der vom Kanzleramt eingesetzte Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE) dies nicht unwidersprochen durchgehen lassen, ist wenig überraschend.

Existenz gleich Erfolg?

Dass nun endlich der Entwurf für eine deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf dem Tisch liegt, war nach Ansicht des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) mehr als überfällig. Schließlich hat sich Deutschland vor mehr als neun Jahren international dazu verpflichtet, eine solche Strategie auszuarbeiten – und erfüllt dies gerade einmal neun Monate vor dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) in Johannesburg. Das im Entwurf angerissene Themenspektrum ist breit – so breit, dass der RNE die Gefahr der Beliebigkeit ausmacht und der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) gar von „Konturlosigkeit“ spricht.

Andererseits werden die Einrichtung des RNE als Dialogforum der gesellschaftlichen Gruppen und des Green Ca-

binet als Instrument der Politikintegration in sämtlichen Stellungnahmen als hilfreiche institutionelle Neuerungen begrüßt.

Breiter Dialog vermisst

Als Erfolg könne nach Ansicht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) gewertet werden, dass mit dem Entwurf die Debatte um die nachhaltige Entwicklung in Deutschland wiederbelebt worden sei. Tatsächlich war diese nach der Veröffentlichung der vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland und Misereor vorgelegten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ im Jahre 1995 in einen Dornröschenschlaf verfallen. Allerdings erntet die Bundesregierung harsche Kritik dafür, dass sie es versäumt hat, die gesellschaftlichen Gruppen und politischen Gremien angemessen in die Erarbeitung des Strategieentwurfs einzubinden. Der RNE bemängelt, es könne der falsche Eindruck entstehen, dass es sich bei der nachhaltigen Entwicklung um „eine vorwiegend staatliche Aufgabe“ handle; der WBGU konstatiert, die Nachhaltigkeitsstrategie laufe Gefahr, „bloßes Regierungsprogramm zu bleiben“. Die VÖW hebt in ihrer Stellungnahme ebenso wie der WBGU darauf ab, dass die Nachhaltigkeitsstrategie nicht hinreichend in der Legislative und auf der Ebene der Kommunen und Länder verankert sei. Dies zeigt sich auch daran, dass sich die grüne Bundestagsfraktion mit einer eigenen Stellungnahme zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie zu Wort gemeldet hat. Für einen breiten gesellschaftlichen Dialog sei zudem der gesetzte Zeit-

rahmen zu knapp bemessen gewesen, heißt es in der Stellungnahme der Grünen sowie des WBGU.

Ökologie vernachlässigt

In den ausgewerteten Stellungnahmen wird die im Entwurf vorgenommene Neudefinition des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung kontrovers diskutiert. Die Bundesregierung benennt vier neue Koordinaten nachhaltiger Entwicklung: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung. Insbesondere der WBGU und das Öko-Institut mahnen an, dass „die schrankensetzende Rolle der Natur als Lebens- und Produktionsgrundlage“ durch diese Neudefinition aus dem Blick zu geraten drohe. Der SRU und der RNE stoßen sich zwar weniger an der Neudefinition, vermissen jedoch ein „Monitoring“ des Zustands der Umweltqualität, wenn Ziele und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung benannt werden. Insbesondere von WissenschaftlerInnen und Verbänden wird kritisiert, dass zwei der 21 Indikatoren – nämlich Energie- und Rohstoffintensität sowie Transportintensität – als Intensitäten und nicht als absolute Größen aufgeführt werden. Dies könne leicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz positiver Zahlenwerte sowohl Ressourcenverbrauch als auch die damit einhergehende Umweltbelastung unvermindert ansteigen, so die Kritik.

Taten statt Worte gefordert

Überraschend war nicht nur für den RNE und den WBGU, dass im Entwurf unter dem Stichwort „Generationengerechtigkeit“ die Gerechtigkeit zwischen den heute lebenden Generationen schlichtweg fehlt. Zwar wird das auf der Konferenz von Rio de Janeiro vor zehn Jahren vereinbarte Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Entwicklungszusammenarbeit zu verwenden, im Strategieentwurf unverbindlich erwähnt. WissenschaftlerInnen und Verbände kritisieren jedoch, dass weder Maßnahmen noch Zeitpläne benannt werden, wie dieses seit Jahren verfehlt Ziel zukünftig zu erreichen sei. Auch der in Bezug auf die



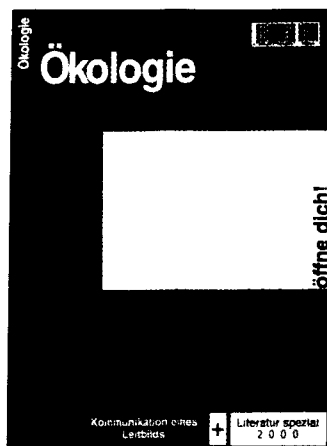
Zur Autorin

Dr. Angela Oels arbeitet als wissenschaftliche Referentin für Umweltpolitikologie in der Geschäftsstelle des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Sie ist Vorstandsmitglied beim Arbeitskreis Umweltpolitik/Global Change der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und im Projektbeirat des Kurs ZukunftsPiloten, dem Nachwuchsförderprogramm des Deutschen Naturschutzringes.

Kontakt

Angela Oels, Kufsteiner
Str. 59, D-10825 Berlin,
Fon ++49/(0)30/
62736639,
E-Mail
angelaols@gmx.net

politische ökologie⁶³⁻⁶⁴



Nachhaltigkeit
öffne Dich!

Kommunikation eines Leitbildes

Nachhaltigkeit – was ist das? Unter nachhaltigen Ideen und Kommunikationsstrategien und können sich die meisten Menschen wenig bis gar nichts vorstellen. Ist Nachhaltigkeit nur eine Hülle ohne Inhalt oder ein Thema, über das schon alles gesagt worden ist? Wie lässt sich ein solches Leitbild kommunizieren, ohne die Empfänger aus den Augen zu verlieren? Wer sind überhaupt die Adressaten? PolitikerInnen, ManagerInnen oder die BürgerInnen?

Die Ausgabe⁶³⁻⁶⁴ der politischen ökologie versucht, das Rätsel Nachhaltigkeit zu knacken sowie neue und alternative Kommunikationswege aufzuzeigen.

Plus Literatur special 2000 –
Die Umweltbücher des Jahres.

www.oekom.de

Für 10,00 Euro erhältlich bei
pan adress
Semmelweisstraße 8, D-82152 Planegg
Fon ++49/(0)89/8 57 09-155
Fax ++49/(0)89/8 57 09-131
E-Mail kontakt@oekom.de

globalen Märkte in der Nachhaltigkeitsstrategie vorherrschende Optimismus wird nicht geteilt. RNE und WBGU fordern einen fairen Handel und kritisieren den Indikator „Einführen der EU aus Entwicklungsländern“ als blind gegenüber sozialen und ökologischen Folgekosten. Der WBGU geht noch einen Schritt weiter und mahnt gar „konkrete Vorschläge für eine Reregulierung der Finanzmärkte im Sinne von mehr Transparenz und Stabilität“ an. Der RNE schlägt darüber hinaus vor, das komplexe Wechselspiel von Globalisierung und Nachhaltigkeit von einer gleichnamigen UN-Weltkommission beleuchten zu lassen, die auf dem WSSD in Johannesburg angestoßen werden könnten.

Schwarze Schafe des Entwurfes

Die mit Abstand größte Aufmerksamkeit hat die 30 Seiten kurze Passage über Ziele und Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in den Stellungnahmen erhalten. Zunächst kritisieren SRU und WBGU die Gleichsetzung von Zielen und Indikatoren. Es drohe eine Reduktion der Ziele auf die Indikatoren. Der den Zielen hinterlegte Zeitrahmen sei mit knapp 20 Jahren für eine umfassende Transformation in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung nach Ansicht des IÖW und der VÖW nicht langfristig genug gewählt. Viel Lob erhielt demgegenüber das Ziel, den Ausbau der Siedlungs- und Verkehrsfläche von täglich 129 Hektar im Jahr 2000 auf 30 Hektar im Jahr 2020 zu senken. Mit dem BIP pro Kopf fand sich unter den Indikatoren auch ein bekanntes schwarzes Schaf: Nicht nur die Umweltverbände BUND, NABU, DNR und WWF lassen es als vermeintlichen Indikator für Lebensqualität nicht durchgehen. Auch der WBGU und der SRU schließen sich dieser Kritik mit Verweis auf externe Kosten des Wirtschaftens und auf Verteilungsfragen des erwirtschafteten Wohlstands an.

Interessant sind jedoch nicht nur die bloßen Ziele, sondern auch, wie diese erreicht werden sollen. Ihre Glaubwürdigkeit krankt vor allem daran, dass nur für wenige Politikfelder in späteren Kapiteln des Entwurfes entsprechende Maßnahmen benannt werden. Ebenfalls an der Glaubwürdigkeit der dargelegten Absichtserklärungen nagt nach Ansicht des RNE und des WBGU die Tatsache, dass sich der Entwurf nicht genügend mit den Zielkonflikten und Barrieren einer Transformation in Richtung „nachhaltige Entwicklung“ auseinandersetzt. Dies trifft vor allem auf die Verkehrspolitik zu, wo

nicht ersichtlich ist, wie der Trend des starken Verkehrswachstums gebrochen werden soll.

Zankapfel Energiepolitik

Von den Politikfeldern erfreute sich die Energiepolitik der lebhaftesten Kommentierung. Einvernehmlich fordern WissenschaftlerInnen und Verbände, das sogenannte „40-Prozent-Ziel“ in die Nachhaltigkeitsstrategie aufzunehmen. Der Strategieentwurf hingegen schlägt vor, die Treibhausgas-Emissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 25 Prozent bis zum Jahr 2005 zu senken. Ein verbindlicher Anteil von 50 Prozent der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch in Deutschland wurde darüber hinaus von WBGU, RNE und Verbänden empfohlen. Hart ins Gericht gingen SRU, RNE und WBGU mit den Kohlesubventionen: diese seien bis 2010 vollständig abzuschaffen, so der RNE. Insbesondere die Protagonisten der Ökosteuer suchten in der Nachhaltigkeitsstrategie vergeblich nach ihrem Stichwort und forderten, dieses vielversprechende Instrument einzubeziehen. Der WBGU verweist auf die Regelungslücke im Kioto-Protokoll bezüglich der Treibhausgas-Emissionen aus der internationalen Luft- und Schifffahrt. Gleichzeitig schlägt er in seinem aktuellen Sondergutachten ein neues von Deutschland zu propagerendes Instrument vor: Nutzungsentgelte auf den Luftraum und die hohe See.

Letztendlich bietet der Entwurf für die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wenig Neues. Dass beispielsweise das 40-Prozent-Ziel sowie die Ökosteuer nicht berücksichtigt wurden, deutet eher auf Rückschritte gegenüber dem Status Quo hin. Gerade diese zu verhindern ist jedoch das Anliegen, das in den zitierten Stellungnahmen zum Ausdruck kommt. Die politische Relevanz der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie über Johannesburg hinaus wird entscheidend von ihrer gesellschaftlichen und politischen Verankerung abhängen. Bislang wird sie eher als Papiertiger daher – einer, der dazu noch dringend ein paar Zähne braucht.



www.bundesregierung.de/Anlage14233/Entwurf_-_komplett.pdf
www.gruene-fraktion.de/ext/themen/umwelt/Nachhaltigkeit_020226.pdf
www.oeko.de/indexb.html
www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/pdf/Stellungnahme_zu_NHS.pdf
www.umweltrat.de/stel-nst.htm
www.voew.de
www.wbgu.de/wbgu_nstrat2002.html